Rheder Volkszeitung

Bezugspreis: 2,55 Mk. monatlich.

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt

Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeister-ämtern und Ämtern des Kreises Borken.

Organ der Zentrumspartei

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. / Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfing. Werth: Th. Parras. Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 201 | Dienstag, den 22. Juli 1930. | Jahrgang 1930

Revolutionäre Kämpfe in Aegypten.

Kairo gleicht einem bewaffneten Lager.

◆ **London**, 21. Juli.

„Daily Mail" meldet über die gespannte Lage in Kairo: Die Stadt gleicht einem bewaffneten Lager. Die Wafdisten erklären, sie würden das Parlament stürmen und trotz des Verbotes der Regierung eine Sitzung abhalten. Die Regierung ist entschlossen, dies mit Waffengewalt zu verhindern. Seit den furchtbaren Ereignissen des Jahres 1919 ist die Lage niemals so beunruhigend gewesen. Bei den Gas- und Wasserwerken, am Parlamentsgebäude, den Eisenbahnstationen und den Büros der Wafd feindlichen Blätter steht Militär in Bereitschaft. Man erwartet, daß die meisten Geschäfte heute schließen werden. Viele von ihnen haben ihre Räume verbarrikadiert. Dem Korrespondenten zufolge suchen Agitatoren der Wafdpartei die Polizei und die Truppen durch aufrührerische Propaganda zu beeinflussen.

„Daily Herald" berichtet aus Kairo: Die Regierung Sidky hat beschlossen, die Kundgebung zur Unterstützung des Parlaments zu verhindern, die die Führer des Wafds heute in Kairo veranstalten wollen. Eine Proklamation ist veröffentlicht worden, in der die Absicht der Regierung, die Ordnung aufrecht zu erhalten, verkündet wird und sowohl die Abgeordneten als auch die Oeffentlichkeit vor der erwähnten Kundgebung gewarnt werden. Truppen werden bereits auf dem Platz neben dem Parlamentsgebäude versammelt.

„Daily Telegraph" berichtet aus Kairo und Alexandrien: In Kairo und Alexandrien herrscht Nervosität wegen der heutigen Kundgebungen. Kairo strotzt an allen wichtigen Plätzen von ägyptischen Truppen mit aufgepflanzten Seitengewehren. Offiziere sind in der königlichen Oper, in der Nähe des Hauptplatzes, untergebracht. Die Regierung beabsichtigt, ihr äußerstes zu tun, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Wachen sind an den Bahnlinien aufgestellt worden und haben Befehl erhalten, auf Jedermann, der den Versuch unternimmt, die Bahnlinien zu zerstören, zu feuern. In einer Wafdversammlung in Kairo ist beschlossen worden, den König zu ersuchen, eine außerordentliche Sitzung des Parlaments einzuberufen. Dies wird als Schritt des Wafds angesehen, die Verantwortung für etwaige Unruhen König Fuad zuzuschieben.

★

Blutige Zusammenstöße.

▲ **Kairo**, 21. Juli.

Die Führer des Wafd, der ägyptischen Nationalpartei, die im Parlament die Mehrheit hat, haben nun doch beschlossen, die angekündigte Kundgebung, die die Regierung mit allen Mitteln verhindern wollte, nicht zu veranstalten. Die Lage ist trotzdem nach wie vor sehr gespannt. Die Hauptstraßen werden von der Polizei überwacht und in der Nähe des Parlaments sind starke Militärposten im Stahlhelm zu sehen. Kleine Ansammlungen auf dem Universitätsplatz konnten von der Polizei schnell zerstreut werden, nachdem die Ruhestörer verschiedene Kandelaber zerstört und einige Bäume entwurzelt hatten. Bei einer anderen Kundgebung in der Nähe des Wohnsitzes des britischen Oberkommissars kam es gleichfalls zu einem Konflikt mit der Polizei, die mit Steinen beworfen wurde. Auch hier gelang es der Polizei, mit einigen Schreckschüssen die Menge zu zerstreuen. Bei Zusammenrottungen in der Nähe des Ministeriums des Innern wurde von der Polizei ein junger Mann durch einen Schuß verwundet. Versuche, in der Nähe des Hauptquartiers des Wafd Steinbarrikaden zu errichten, wurden von der Polizei im Keime erstickt.

★

Ein Toter, 87 Verletzte.

¶ **Kairo**, 21. Juli. (Reuter.)

Bei den Zusammenstößen, die sich heute vormittag ereignet haben, wurden in der Menge eine Person getötet und 87 verletzt. Die Verluste der Polizei sind unbekannt. In der Nähe des Abdin-Palastes wurde eine Gasleitung in Brand gesetzt und mit Straßenlaternen und anderem Material eine Barrikade errichtet. Die Menge wurde jedoch schließlich von der Polizei zerstreut, die jetzt die Lage beherrscht.

★

Truppen schießen auf Demonstranten in Port Said.

◆ **Port Said**, 21. Juli.

Die Wafd-Partei hat hier Demonstrationen veranstaltet, in deren Verlauf es zu Zusammenstößen kam. Die ägyptischen Truppen gaben Feuer, ein Demonstrant wurde getötet, 21 verletzt. Die Truppen hatten 16 Verletzte, die Polizei 59.

323 Verhaftungen in Kairo.

◆ **Kairo**, 21. Juli.

Im Laufe der heutigen Tumulte wurden hier 323 Personen verhaftet. Die Abgeordneten haben an den König die Bitte gerichtet, eine außerordentliche Parlamentssitzung für den 26. d. M. einzuberufen.

★

Angriff auf Europäer in Kairo.

✓ **London**, 21. Juli.

Wie aus Kairo gemeldet wird, hat sich die Lage in Aegypten weiter zugespitzt. In Port Said erwies sich die Polizei der ungeheuren Volksmenge gegenüber als zu schwach, so daß von Kairo aus schleunigst eine Abteilung des Kamelkorps zur Unterstützung entsandt werden mußte. In Kairo selbst kam es am Abend zu weiteren Zusammenstößen, als eine Anzahl Europäer von einer größeren Menschenmenge angegriffen wurde. Ein Europäer gab aus einem Revolver mehrere Schüsse ab, wodurch ein Aegypter getätet wurde. Dies war das Zeichen zu einem allgemeinen Angriff gegen die Europäer, die sich in einen Laden geflüchtet hatten. Sie konnten jedoch durch das schnelle Eingreifen der Polizei rechtzeitig gerettet werden. Die Lage in der Stadt ist wieder sehr gespannt.

★

Henderson über die Lage in Aegypten.

● **London**, 21. Juli.

Außenminister Henderson hatte am Montag im Unterhaus eine Reihe von Anfragen über die Lage in Aegypten zu beantworten. Ueber die neuen Unruhen in Kairo und Port Said befragt, erklärte Henderson u. a.: Britische Truppen seien nicht eingesetzt worden. Die britische Regierung sei auch nicht um die Bereitstellung von Truppen ersucht worden. Auf eine ergänzende Anfrage eines konservativen Abgeordneten, ob die britische Regierung nach wie vor bereit sei, mit der ägyptischen Regierung auf der Grundlage des Vertragsentwurfs zu verhandeln, erwiderte der Außenminister, in der Haltung der Londoner Regierung sei keine Aenderung eingetreten. Im Hinblick auf die letzten Ereignisse in Aegypten müsse sich jedoch Großbritannien in seiner weiteren Haltung von den kommenden Ereignissen in Aegypten leiten lassen.

Diese außerordentlich einschränkende Mitteilung des Außenministers wurde auf der rechten Seite des Hauses mit lautem Hört! Hört! aufgenommen.

Die Vorbereitung der neuen Notverordnungen.

Neue Steuern voraussichtlich ab 1. September.

Von unserer Berliner Redaktion.

() **Berlin**, 21. Juli (Drahtb.)

Zwischen Reichskanzler Dr. Brüning und dem Reichsfinanzminister Dr. Dietrich fand am Montag mittag eine Besprechung statt, bei der es um die vorbereitende Kabinettssitzung handelte, die am kommenden Donnerstag stattfindet. Diese Kabinettssitzung ist von zweifacher Bedeutung. Die Reichsregierung wird erstens darüber zu entscheiden haben, welche unvollendet gebliebenen Gesetzentwürfe durch Notverordnung in Kraft gesetzt werden sollen und zweitens wird sie darüber Beschluß fassen müssen, wie die Notverordnungen auszustatten sind. Ueber den Kreis der durch Verordnung zu regelnden Fragen ist bisher eine Entscheidung noch nicht gefallen. Es handelt sich neben den Deckungsvorlagen vor allem um den Reichshaushalt selbst. In welcher Form der Reichshaushalt durch Artikel 48 in Kraft gesetzt wird, ist noch nicht entschieden. Man darf jedoch annehmen, daß der Gesamtetat auf dem Verordnungswege zur Durchführung kommt. Alsdann wird darüber zu bestimmen sein, welche Gesetze mit dem Reichshaushalt unmittelbar in Verbindung stehen. Das dürfte ohne weiteres der Fall sein bei dem Gesetz über die Sanierung der Arbeitslosenversicherung, weil im Etat ein großes Loch entstände, wenn die Arbeitslosenversicherung nicht saniert würde. Im allgemeinen muß damit gerechnet werden, daß recht umfangreich von Verordnungen auf Grund des Artikels 48 Gebrauch gemacht werden wird. Die Reichsregierung wird sich jedoch unter allen Umständen streng an die verfassungsmäßigen Bestimmungen halten. Wie verlautet, werden die neuen Steuern, die wegen der parlamentarischen Vorgänge nicht vom 1. August ab fließen können, voraussichtlich am 1. September in Kraft gesetzt werden.

Gegenüber der in Berliner Blättern verbreiteten Meldung, daß der Reichssparkommissar Sämisch mit besonderen Vollmachten ausgestattet werden soll, hören wir von unterrichteter Seite, daß von einem solchen Schritt nichts bekannt ist.

Englisches Taxi-Flugzeug abgestürzt.

Sechs Tote.

:: **London**, 21. Juli.

In der Nähe von Gravesend stürzte am Montag nachmittag aus bisher noch ungeklärter Ursache ein englisches Taxi-Flugzeug ab. Der Führer Henderson sowie die fünf weiteren Insassen wurden getötet. Das Flugzeug, eine Junkersmaschine, gehört der englischen Valcot Air Line, die es zum Taxiverkehr mit Frankreich verwendet. Der Apparat war Montag vormittag von Bern nach England abgeflogen und befand sich auf dem Wege nach London, als sich das Unglück ereignete. Vermutlich wird auch die schlechte Sicht zu der Katastrophe beigetragen haben.

★

Der Bericht eines Augenzeugen.

)!(**London**, 21. Juli.

Ueber den Flugzeugabsturz bei Gravesend werden noch folgende Einzelheiten gemeldet: Nach den Aussagen eines Augenzeugen hat sich im Flugzeug eine Maschinenexplosion ereignet. Das Flugzeug stürzte mit furchtbarer Gewalt ab. Die Maschine wurde in einem Garten in Meopham, einem kleinen Dorfe bei Gravesend, gefunden, während einer der Flügel drei Kilometer entfernt niederging. Die Bergung der sechs Leichen wurde bis zur Ankunft von Vertretern des Luftfahrtministeriums zurückgestellt. Sämtliche Leichen sind jedoch furchtbar verstümmelt. Ueber den Grund des Absturzes fehlen noch alle genauen Anhaltspunkte, und sowohl von den maßgebenden Stellen des Flugplatzes Croydon wie des Luftfahrtministeriums beschränkt man sich mit Hinweisen auf das außerordentlich schlechte Wetter.

Ein Landwirt aus Meopham, der den Absturz beobachtete, gab folgende Beschreibung: Ich befand mich außerhalb meines Hauses, als ich plötzlich großen Lärm vernahm. Ich blickte in die Höhe und sah ein großes Flugzeug in kreisender Bewegung zur Erde stürzen. Bei dem mit furchtbarer Gewalt erfolgten Absturz bemerkte ich, daß ein Flügel fehlte. Ein oder zwei Sekunden später berührte das Flugzeug den Boden. Ich stürzte sofort nach der Unglücksstelle und konnte nur einen Mann unter den Trümmern entdecken. Er befand sich noch am Leben, war aber fürchterlich zugerichtet. Mehrere 100 Meter entfernt lagen die fünf Toten in einem Garten.

★

Auch eine Deutsche unter den Toten.

-:- **London**, 21. Juli.

Unter den bei dem Flugzeugabsturz bei Meopham (Grafschaft Kent) Getöteten befinden sich außer dem Piloten Colonel Henderson noch Lord Dufferin, Viscountess Ednam, Frau Löffler und Sir Edward Wash. Die Persönlichkeit des sechsten Toten konnte noch nicht festgestellt werden.

Tagesfragen.

Noch die letzte Sitzung des Reichstages brachte seitens des sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Landsberg den Versuch, die Anwendung des Artikels 48 der Reichsverfassung auf die Deckungsvorlagen als ungesetzlich zu erweisen. Die sozialdemokratische und ein Teil der demokratischen Presse hat in den letzten Wochen viele, viele Spalten mit Erörterungen über den gleichen Gegenstand gefüllt, wobei freilich geflissentlich jeder Hinweis auf den wiederholten Erlaß von Steuernotverordnungen in Preußen vermieden wurde. Wir haben immer betont, daß auch uns eine parlamentarische Lösung grundsätzlich als das Gegebene erscheine und daß die Heranholung der Ausnahmebestimmung uns nicht gerade sympathisch sei. Aber der logische Gedankengang sollte doch für jeden, der sich von parteilichen Beklemmungen frei weiß, klar sein. Das Reich braucht die Vereinigung seines Etats; wenn sie nicht gelingt, tauchen schwere Gefahren für die öffentliche Sicherheit auf, folglich mußten die Deckungsvorlagen unter allen Umständen durchgesetzt werden, und zwar sofort, weil ein längeres Paktieren nicht mehr ertragen werden konnte. Auch jetzt, nach der Auflösung des Reichstages, geht es ohne neue Steuernotverordnungen nicht. In der Zeitschrift „Das Tagebuch", die keiner irgendwie gearteten Vorliebe für das Zentrum geziehen werden kann, setzt sich der Herausgeber mit diesen Fragen auseinander, und es scheint uns nicht unwichtig, seine Beweisführung im Wesentlichen hier wiederzugeben. Das „Tagebuch" vom 19. Juli schreibt u. a.: „Sicher ist nur, daß eine Regierung, der es nicht an ernstlichem Willen fehlt, das Reich vor dem kompletten finanziellen Bankrott zu bewahren, garnicht anders vorgehen konnte, als es die Regierung Brüning getan hat." Als das „Tagebuch" diese Zeilen schrieb, war der Reichstag noch nicht aufgelöst und die Entwicklung der Krisis noch nicht zu übersehen. Aber der Verfasser sah die Dinge so, wie auch wir sie sehen:

Und wenn Brüning seine Drohung ausführen muß, weil ihm sowohl die Sozialdemokraten wie die Deutschnationalen ihre Stimmen verweigern, so wird das immer noch besser sein, als wenn zur Verhinderung eines Katastrophalwachsenden Defizits überhaupt nichts geschehen wäre . . . In der Praxis würde das Kabinett bei einer Annäherung an die Sozialdemokraten an volksparteilichen Stimmen verlieren, was es an sozialdemokratischen Stimmen gewinnen könnte . . . Was bleibt Herrn Brüning übrig, als dem Reichstag Gewalt anzutun? Es ist nicht seine Schuld, daß die Reichstagsparteien unbelehrbar sind, und es ist auch nicht seine Schuld, daß sich die Volkspartei den Luxus erlauben darf, auf alle sozialdemokratischen Aenderungswünsche mit einem starrköpfigen Nein zu erwidern. Die Dinge lägen anders, hätte die bürgerliche Mehrheit bei einer etwaigen Auflösung des Reichstages und einem neuen Wahlkampf die sozialdemokratischen Agitatoren zu fürchten. Sie könnte nicht trotzköpfig bleiben, bestünde die Gefahr, daß die Wähler des nächsten Reichstages erkennen, wie wundervoll Steuer- und Finanzwesen im Reiche geregelt waren, solange die Sozialdemokraten regierten. Aber leider ist vor Moldenhauer und Dietrich nur Hilferding Finanzminister gewesen. Eine Opposition, die sich auf kein größeres Aktivum aus ihrer eigenen Regierungszeit berufen kann, muß es sich gefallen lassen, vergewaltigt zu werden."

Das im allgemeinen sehr links gerichtete „Tagebuch" dürfte doch wohl ein unverdächtiger Zeuge für das sein, was hat geschehen müssen.

★

Nach der Auflösung des Reichstages hat die sozialdemokratische Fraktion eine Schlußsitzung abgehalten, in der nach dem „Vorwärts" eitel Jubel geherrscht haben muß. Wir wollen die höchst sonderbare Rede, die der Parteivorsitzende Otto Wels dabei gehalten hat, heute nicht im einzelnen zerpflücken. Ein Satz in ihr aber war richtig: „Das Volk wird den Unterschied zwischen der Regierung Hermann Müller und der Regierung Brüning erkennen und danach entscheiden." Jawohl, wir hoffen, daß das Volk die nötige Einsicht haben und betätigen wird, daß es klar genug zu denken vermag, um die Unterschiede zwischen einer Regierung, die schlampig und schlafmützig auf der Stelle tritt, und einer anderen, die energisch die Zügel anpackt, zu erkennen.

★

In unseren gestrigen Bemerkungen über die Teilnahme des Reichsbanners an den Befreiungsfeiern erwähnten wir, daß im Anschluß an die Reden in Mainz ein Vorbeimarsch an dem Reichspräsidenten stattgefunden habe. Die Conti-Meldung, der wir diese Information entnommen haben, ist inzwischen dahin berichtigt worden, daß es nicht der Reichspräsident gewesen sei, sondern nur der Bundesvorsitzende Hörsing, an dem das Reichsbanner vorbeidefilierte. Wir übernehmen diese Berichtigung. Sachlich werden dadurch unsere Ausführungen nicht getroffen. Es bleibt die Tatsache bestehen, daß der für das befreite Gebiet zuständige sozialdemokratische Bezirksvorstand für seine nachgeordneten Genossen Nichtbeteiligung an den Befreiungsfeiern proklamiert hat, während das zu mehr als 90 Prozent sozialdemokratische Reichsbanner mit Hörsing, Severing und anderen sozialdemokratischen Führern an der Spitze an dem Festtage in Mainz teil-

genommen hat. Es hat übrigens bei dieser Reichsbannerkundgebung auch ein Mann vom Zentrum gesprochen, der Berliner Rektor Kellermann. Die „Frankfurter Zeitung" gibt aus seiner Rede folgendes wieder:

„Was ist aus unserer Politik geworden? Prozentrechnungen und nackte Interessen diktieren. Die kaufmännische Waage hat über den politischen Sinn gesiegt. Wir stehen hier am freien Rhein, und in Berlin wird der Artikel 48 der Reichsverfassung gehandhabt. Wir freuen uns, daß die Politik Eberts, Erzbergers und Rathenaus uns diesen Tag und diese Feier ermöglichte, aber wir bedauern, daß der gradlinige Weg demokratisch-republikanischer Politik verlassen wurde."

Diese Worte kann man als ein Bedauern der Politik Brünings auslegen, aber auch als ein Bedauern der Haltung der Sozialdemokratie, die doch Interessentenpolitik war und dazu geführt hat, daß das Kabinett Brüning den Artikel 48 heranholen mußte. Die Reichsbanner-Leute haben aber vermutlich die Rede als Abrücken von Brüning aufgefaßt. Sei dem wie ihm wolle, Herr Kellermann kann in Mainz nur seine für die Zentrumspolitik und ihre Werbung nicht maßgebliche Privatmeinung wiedergegeben haben. Die wich freilich in früheren Fällen wiederholt von unserer Meinung und der der Mehrheit der Zentrumswähler ab. Aber im Grunde genommen, ist es belanglos, ob Kellermanns private Aeußerungen so oder anders zu deuten sind.

★

Die katastrophale Gestaltung des Roggenpreises ist bekanntlich der große Kummer der Landwirtschaft, soweit sie im wesentlichen vom Roggenbau lebt, und des Reichsernährungsministeriums. Minister Schiele hat, wie sein Vorgänger Dietrich, alles mögliche versucht, um durch Maßnahmen von oben herab eine Stützung des Roggenpreises zu erreichen. Aber schließlich muß sich doch auch in der Landwirtschaft die Erkenntnis Bahn brechen, daß es ohne ein verständiges Mitarbeiten der Landwirtschaft selbst nicht geht. Jetzt hat das Reichsernährungsministerium unter Hinweis auf die ständigen Ueberschüsse an Roggen die Landwirtschaft ermahnt, selbst der Ueberproduktion von Roggen zu steuern. Es sei der Zeitpunkt gekommen, in dem die Landwirtschaft bei der Aufstellung des Feldbebauungsplanes dieser Sache Rechnung zu tragen habe durch eine Einschränkung der Roggenanbaufläche. Der einzelne Landwirt selbst muß die Verantwortung dafür übernehmen, welche Ersatzfrüchte er statt des Roggens anbauen will. Diese Umstellung der Landwirtschaft gehört zu den notwendigen Rationalisierungsmaßnahmen, zu denen auch dieser Zweig der Volkswirtschaft endlich gelangen muß. Denn wenn auch die an sich nützliche Vermehrung des Roggenverbrauches in der Bevölkerung eine gewisse Hilfe darstellen kann, der Kern des Uebels wird erst beseitigt, wenn die Landwirtschaft sich den Erfordernissen der Marktlage mehr als bisher anpaßt.

Revolver-Attentat im rumänischen Innenministerium.

Student streckt Staatssekretär nieder.

÷ Bukarest, 21. Juli.

Der Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern, Angelescu, ist heute in seinem Dienstzimmer von vier mazedonischen Studenten überfallen und durch mehrere Schüsse schwer verletzt worden. Die vier Studenten hatten eine Audienz erbeten, um eine Bittschrift vorzulegen. Als Angelescu in die Lektüre des Schriftstückes vertieft war, feuerte der Student Boza, gedeckt von den drei anderen, fünf Schüsse auf sein Opfer ab. Angelescu, der im Gesicht, an der Brust, an der Schulter und am Arm getroffen war, hatte trotz des schweren Blutverlustes noch die Kraft und Geistesgegenwart, sich auf Boza zu stürzen, ihn zu Boden zu werfen und ihn so kampfunfähig zu machen. Angelescu wurde sofort in ein Krankenhaus gebracht, wo ihm der erste Verband angelegt wurde. Die Verletzungen an Kopf und Brust sind leichter Art. Die anderen Verletzungen sind schwerwiegender, Lebensgefahr besteht jedoch nicht. Der Täter und seine Komplizen wurden verhaftet.

Die sofort eingeleitete Untersuchung führte zur Annahme, daß es sich um einen politischen Racheakt gegen Angelescu handelt. Angelescu ist Präsident der Nationalen Bauernpartei des Departements Caliacra in der südlichen Dobrudscha. Die Urheber des Anschlages sehen in ihm den Urheber des neuen Gesetzes zur Regelung der Eigentumsfrage in dieser Provinz. Wie von maßgebliches Seite betont wird, verletzt dieses Gesetz in keiner Weise die Interessen der in der Dobrudscha angesiedelten mazedonischen Kolonisten, obwohl es andererseits auch den Rechten der bulgarischen und türkischen Minderheiten gerecht wird.

★

Mordplan gegen das ganze Kabinett Maniu.

+ Budapest, 21. Juli.

Die „Donaupost" meldet aus Bukarest folgende Einzelheiten über den Anschlag auf Angelescu: Um 11 Uhr meldeten sich acht Studenten im Ministerium des Innern beim Staatssekretär Konstantin Angelescu, dem Vertreter des beurlaubten Innenministers Vajda Wojwod. Sie warteten geduldig im Vorzimmer des Ministers bis gegen 13 Uhr. Kurz nachdem sie im Zimmer des Staatssekretärs waren, hörte man acht Revolverschüsse. Beamte eilten dahin und fanden den Staatssekretär auf dem Boden liegend und blutend vor, während ein Student namens Boza, Mitarbeiter des Blattes „Epoca", einen noch rauchenden Revolver in der Hand hielt. Der Attentäter versuchte zu flüchten, doch verletzten ihm die Beamten auf dem Korridor den Weg ur verhafteten ihn zusammen mit den übrigen Studenten. Bei der ersten Durchsuchung fand man bei ihm einen zweiten Revolver, und er gab ohne weiteres zu, daß er einen evtl. versagenden Revolver sofort durch einen anderen wirksam ersetzen konnte. Er teilte auch mit, daß die Absicht bestehe, alle Mitglieder der rumänischen Regierung zu ermorden. Maniu und der Innenminister sind sofort nach Bukarest gekommen. Der Attentäter hat an der Spitze der rumänischen Vertretung des Vereins mazedonischer Studenten gestanden und den Anschlag aus politischer Rache mit der Begründung begangen, daß Staatssekretär Angelescu durch seine Maßnahmen gegen die Antisemiten zu einem Verräter an der nationalen Sache Rumäniens geworden sei.

★

Eine Tat der „Eisernen Hand".

÷ Bukarest, 21. Juli.

In der Wohnung des Attentäters Boza wurde eine Hausuntersuchung gemacht, um festzustellen, ob er in Verbindung mit anderen Personen gehandelt habe. Man fand große Stöße von Flugblättern der Organisation „Eiserne Hand", die unter der Leitung des Antisemiten Godreanu steht. Boza gab bei seinem Verhör die Tötungsabsicht zu und erklärte, die Tat begangen zu haben, um das Unrecht, das durch das neue Kolonistengesetz getan werde, zu rächen.

Im Zusammenhang mit dem Attentat ist es interessant, daß eine Abordnung von Mazedoniern vor einigen Tagen um eine Audienz beim Ministerpräsidenten Maniu nachgesucht hatte. Manius Kabinettsdirektor bezeichnete Boza als den Mann, der um die Audienz nachgesucht habe.

Die Sammlungsbewegung auf der Rechten.

Noch keine Einigung der Gegner Hugenbergs.

Von unserer Berliner Redaktion.

)(Berlin, 21. Juli (Drahtb.)

Der strategische Aufmarsch der Rechtsparteien für den Wahlkampf hat bereits mit recht großer Energie begonnen. Man hat bei der Rechten offenbar eingesehen, daß der Zersetzungsprozeß keine Fortschritte mehr machen darf. Mit kleinen einflußlosen Parteigrüppchen lassen sich nun eben einmal große politische Ziele nicht erreichen. Die vier Gruppen, die sich von der ursprünglichen Deutschnationalen Volkspartei dank der glorreichen Führung des Abgeordneten Hugenberg abgesondert haben, sehen augenscheinlich auch ein, daß ein engerer Zusammenschluß nur Nutzen bringen könnte. Die Besprechungen zwischen der Gruppe des Grafen Westarp, den Christlichnationalen Bauern, der Treviranus-Gruppe und den Christlichsozialen haben bisher noch kein endgültiges Ergebnis gezeitigt. Am Dienstag gehen die Verhandlungen weiter. Die größte Bedeutung wird der Sitzung des Bundesvorstandes des Reichslandbundes beigemessen, die ebenfalls am Dienstag stattfindet. Dem Reichslandbund wird die Aufgabe zufallen, das erlösende Wort zu sprechen. In politischen Kreisen glaubt man, daß sich die christlichnationalen Bauern und die Westarp-Gruppe zusammenfinden werden. Ob bei dieser Konstellation der Reichsernährungsminister Schiele allein die führende Rolle übernehmen, oder ob er sich in die Führergeschäfte mit dem Grafen Westarp teilen wird, kann zur Stunde noch nicht gesagt werden. Wenn jedoch die Landwirte mit dem Westarp-Flügel einig werden, so ist immerhin noch nicht gesagt, ob es auch zu einem engeren Zusammenschluß mit der Treviranus-Gruppe und den Christlichsozialen kommen wird. Volkskonservativen, d. h., die Leute um Treviranus, hatten sich die Zukunft so gedacht, daß sie als Kern einer neuen großen Rechtspartei in Frage kämen. Sie wollten selbstverständlich eine führende Rolle spielen. Wird ihnen jetzt zugemutet, sich den vereinigten Gruppen Schiele und Westarp anzuschließen, so müßten sich die Volkskonservativen wenn nicht unter- so mindestens doch einordnen. Einstweilen weiß man noch nicht, ob es zu einer solchen Entwicklung kommt. Denn von den Volkskonservativen wie von den Christlichsozialen liegen Meldungen vor, daß sie im Wahlkampf selbständig vorgehen wollen. Man kann daher den Ruf der „Kreuzzeitung" verstehen, die von den Führern den Willen zur Unter- und Einordnung verlangt. Sie hätten dafür zu sorgen, daß nicht die Stunde wiederum verpaßt werde.

Der Gruppe Westarp wird übrigens die Wahlparole „Für Kaiser und Reich" zugeschrieben. Treviranus und seine volkskonservativen Anhänger sollen hieran Anstoß genommen haben. Es wird auch gesagt, daß die Volkskonservativen bereits mit den Deutsch-Hannoveranern ein Wahlkartell geschlossen haben.

Während so die Rechtsparteien, die am Aufbau des Staates mitzuhelfen bereit sind, einstweilen noch kein geschlossenes Bild der Einigkeit darbieten, scheinen zwischen den radikalen Gruppen — Hugenberg und Hitler — die Verhandlungen so weit gediehen zu sein, daß sich die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen der Richtung Hugenberg beim Wahlkampf keine offene Konkurrenz machen werden. Der Abschluß eines regelrechten Wahlbündnisses wird allerdings von der Deutschnationalen Pressestelle bestritten. Aus all diesen Andeutungen geht hervor, daß die Rechtsparteien vom ersten Tag ab lebhaft am Werke sind, aus den Wahlen so viel wie möglich herauszuholen.

★

Das Aufmarschprogramm der Volkskonservativen.

÷ Hagen, 21. Juli.

Auf einer Tagung der Vorsitzenden und Stellvertreter der Arbeitsgemeinschaft der Volkskonservativen Vereinigung in Rheinland und Westfalen, die am Sonntag im Lünenschloß in Hagen stattfand, wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Die Wahllisten in den Verbandswahlkreisen werden miteinander verbunden.
2. In den beiden im Verbandswahlkreis befindlichen Wahlbezirken werden gleichlautende Kandidatenlisten aufgestellt.
3. Als Spitzenkandidat in Westfalen-Nord und -Süd wird der Führer der Volkskonservativen Vereinigung, Reichsminister Treviranus, aufgestellt, als Spitzenkandidat in den Wahlkreisen Düsseldorf-Ost und -West der Vorsitzende der Reichstagsfraktion der Christlich-Nationalen Arbeitsgemeinschaft, von Lindeiner-Wildau.
4. Wird beschlossen, im Interesse der Sammlung aller rechtsstehenden Gruppen die weiteren Plätze der Listen einstweilen offen zu lassen.

In einer Entschließung werden weiter alle die konservative Etats- und Kulturauffassung bejahenden Gruppen aufgefordert, sich zwecks Zusammenarbeit auf den Boden der Volksgemeinschaft mit der volkskonsetvativen Vereinigung in Verbindung zu setzen. Der Liberalismus habe sich überlebt; die Aufgabe des Tages sei die Durchdringung des deutschen Menschen ohne Unterschied von Stand und Beruf, die Durchdringung der Politik in Reich, Ländern und Gemeinden mit sozialem christlich-konservativem Geiste. Zu Vorsitzenden der volkskonservativen Wahlleitung für die Wahlkreise der Provinz Rheinland wurde Rechtsanwalt Krämer-Essen, für die Wahlleitung der Wahlkreise Westfalen-Nord und -Süd Direktor Brackmann-Hagen gewählt.

★

Hugenberg verzichtet auf Westfalen-Nord.

Von unserer Berliner Redaktion.

() Berlin, 21. Juli (Drahtb.)

Der Landesverband Westfalen-Nord der Deutschnationalen Volkspartei hat dem Abgeordneten Hugenberg das Vertrauen ausgesprochen. Dieses Vertrauen ist nicht ohne Absicht erfolgt. Es soll, wie verlautet, die Tatsache bestehen, daß der Führer der Deutschnationalen darauf verzichtet, in seinem alten Wahlkreis Westfalen-Nord zu kandidieren. Der Verzicht ist deshalb interessant, weil in diesem Wahlkreis sonst ein Kampf zwischen Treviranus und Hugenberg erfolgt wäre. Hugenberg verzichtet also auf den Wahlkreis und will nur als Spitzenkandidat der Deutschnationalen Reichsliste in den neuen Reichstag einziehen.

★

Auch Lettow-Vorbeck verläßt Hugenberg.

Ö Bremen, 21. Juli.

Der Reichstagsabgeordnete General a. D. von Lettow-Vorbeck, der aus den Kämpfen in Ostafrika rühmlichst bekannte alte Krieger, hat in einem Schreiben an Geheimrat Hugenberg seinen Austritt aus der Deutschnationalen Volkspartei mitgeteilt. Es heißt darin u. a.: „Durch die letzte Abstimmung im Reichstage bin ich zu der Ueberzeugung gekommen, daß ich Ihrer Führung nicht mehr zu folgen vermag. Die Gründe sind die gleichen, die ich Ihnen im engeren Kreise und nachher der Fraktion auseinandergesetzt habe. Ich erkläre daher meinen Austritt aus der Deutschnationalen Partei."

Burgfriede zwischen Hitler und Strasser?

:: Berlin, 21. Juli.

Zwischen den beiden nationalsozialistischen Gruppen, der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (Hitler-Goebbels) und den revolutionären Nationalsozialisten (Buchrucker-Otto Strasser) sollen, wie eine von der „Welt am Montag" veröffentlichte Korrespondenzmeldung wissen will, seit gestern Verhandlungen über eine Einigung im Gange sein, die eine gegenseitige Bekämpfung während des Wahlkampfes verhindern soll. Die Abmachungen sollen unter der Parole „Kein Bruderkampf" vor der Oeffentlichkeit bekanntgemacht werden.

Aus Karlsruhe berichtet die „Welt am Montag", daß dort Massenaustritte aus der Nationalsozialistischen Partei erfolgt seien. Zwei Versammlungen von Nationalsozialisten in Mannheim und Heidelberg hätten sich für Gründung einer „Deutsch-Sozialen Rassenpartei" ausgesprochen.

Wechsel im Außenkommissariat der Sowjetunion.

() Moskau, 21. Juli.

Das Präsidium des Zentralexekutivkomitees der Sowjetunion hat Tschitscherin auf seine persönliche Bitte hin, seines Postens als Außenkommissar enthoben. An seine Stelle wurde Litwinow zum Außenkommissar ernannt. Krestinski zum ersten und Karachan zum zweiten Stellvertreter. Das Kollegium des Außenkommissariats besteht aus Krestinski, Karachan und Stomonjakow.

Verhandlungen mit Gandhi?

:: London, 21. Juli.

Der Staatssekretär für Indien, Wedgewood Benn, teilte am Montag im Unterhause mit, daß die Regierung beschlossen habe, auf die Benutzung von Tränengas zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in Indien zu verzichten. Es bestehe kein Grund, die für den 20. Oktober in Aussicht genommene englisch-indische Konferenz zu verschieben. Die britische Regierung habe im Augenblick noch keine amtlichen Meldungen über die gegenwärtige Haltung Gandhis hinsichtlich der Fortführung oder Einstellung des passiven Widerstandes.

Die zwei Hinduführer, die im Einverständnis mit dem Vizekönig von Indien Verhandlungen einleiten sollen, sind nun auf dem Wege nach Poona in Bombay eingetroffen. Nach der Rücksprache mit Gandhi werden sich beide nach Allahabad begeben, um mit dem Präsidenten des Nationalkongresses, Nehru, zu verhandeln. Beide haben zunächst nur eine Vollmacht über das Ergebnis ihrer Besprechungen direkt dem Vizekönig Bericht zu erstatten.

Das Urteil der Berufungsinstanz im Tscherwonzenfälscher-Prozeß.

+ Berlin, 21. Juli.

Montag mittag wurde von der Berufungsstrafkammer beim Landgericht I das Urteil im Tscherwonzenfälscher-Prozeß gefällt. Der Angeklagte Katumidze erhielt wegen fortgesetzter gemeinschaftlicher, teils vollendeter und teils versuchter Münz- und Urkundenfälschung zwei Jahre zehn Monate Gefängnis, Sadathieraschwili wegen der gleichen Vergehen zwei Jahre Gefängnis. Die Angeklagten Bell und Schmidt wurden wegen gemeinschaftlichen Betruges zu 300 bzw. 1500 Mark Geldstrafe verurteilt. Die von der Staatsanwaltschaft gegen die Angeklagten Dr. Weber und Böhle eingelegte Berufung wurde auf Kosten der Staatskasse verworfen und das Verfahren gegen sie auf Grund des Amnestiegesetzes eingestellt. Im übrigen erfolgte gegen die Angeklagten Sadathieraschwili, Bell und Schmidt Freisprechung.

Mordanklage gegen Lampel und Genossen.

CNB. Berlin, 21. Juli.

Wie eine hiesige Korrespondenz zu berichten weiß, hat nach dem Scheitern des Amnestieantrages nunmehr das preußische Justizministerium den Oberstaatsanwalt in Neiße beauftragt, gegen den Schriftsteller Peter Martin Lampel, den Autor der „Revolte im Erziehungshaus", und seine ehemaligen Freikorpskameraden Schwenninger und v. Bollwitz Anklage wegen der Erschießung eines der Spionage für Polen verdächtigen Angehörigen des Freikorps Oberland zu erheben, und zwar soll die Anklage auf Mord lauten. Die Verhandlung dürfte das Schwurgericht Neiße kaum vor Oktober beschäftigen.

Kommunisten greifen Polizei an.

— Frankfurt a. d. Oder, 21. Juli.

Zu Zusammenstößen mit der Polizei kam es hier anläßlich eines „Roten Treffens" der KPD., an dem sich etwa 1700 auswärtige Kommunisten beteiligten. Zahlreiche Kommunisten versuchten eine Abteilung der Polizei zu umzingeln und zu entwaffnen. Die eingesetzten Reserven, die der bedrängten Abteilung zu Hilfe kamen, wurden mit Fahnenstangen und Stöcken tätlich angegriffen. Als die Beamten daraufhin von ihren Gummiknüppeln Gebrauch machten, schleuderten die Kommunisten Steine, Flaschen, Bierseidel und andere Gegenstände auf sie. Erst als die Polizei ihre Schußwaffen fertig machte, ließen die Kommunisten von ihrem Angriff ab. Mehrere Polizeibeamte sind verletzt.

Die Opfer der Taifun-Katastrophe.

)(London, 21. Juli.

Die amtliche Totenliste der Taifun-Katastrophe in Kiuschiu weist nach Berichten aus Tokio 349 Personen auf, während 210 Personen verletzt wurden und nahezu 1400 noch vermißt werden. In Südjapan wurden 62 Personen getötet.

Nach einer Meldung von der Ostküste Koreas sind bei dem Taifun dort 58 Personen getötet worden, 83 werden vermißt. Außerdem liegen über 92 Fischerdampfer mit mehr als 500 Mann Besatzung keine Nachrichten vor. Wie aus Schimonoseki gemeldet wird, ist auch diese Stadt schwer heimgesucht worden.

Keine Entführung durch die Tscheka?

Die Sowjetbotschaft bestreitet.

+ Berlin, 21. Juli.

Die Pressestelle der Botschaft der U. D. S. S. R. in Deutschland teilt mit: Die Meldung des Hamburger sozialdemokratischen Blattes „Hamburger Echo" über eine angebliche Verschleppung des Sowjetbürgers Scheschot entspricht nicht den Tatsachen.

1. Die Behauptung, daß Scheschot sen. in Abwesenheit zum Tode verurteilt sei, ist unrichtig.
2. Ebenso unrichtig ist die Meldung, daß Scheschots Sohn von irgend jemand auf ein Sowjetschiff „gelockt" oder „verschleppt" wurde. Richtig ist, daß der genannte Sowjetbürger auf seine eigene Initiative und seinen ausdrücklichen Wunsch, auf dem er ganz besonders beharrte, nachdem er von seinem Vater aus dem Elternhaus verjagt wurde, Hamburg verlassen hat. Richtig ist weiter, daß Scheschot jun. seine Reise angetreten hat, nachdem sein Paß vorschriftsmäßig mit deutschem Ausreisevisum versehen worden ist. Diese Tatsachen sind den Hamburger Behörden durch die Vertretung der U. D. S. S. R. in Hamburg offiziell mitgeteilt worden.

Eine Verhaftung erfolgt.

+ Hamburg, 21. Juli.

Die Justizpressestelle gibt bekannt: In Sachen der von den Tageszeitungen gemeldeten Entführung eines Minderjährigen nach Sowjetrußland ist hier eine Verhaftung erfolgt. Die Verhaftung ist im Haftprüfungstermin bestätigt worden. Weiteres kann im Interesse der Untersuchung vorläufig noch nicht gesagt werden.

★

Zum Fall des angeblich entführten minderjährigen Russen Scheschot erfahren wir von unterrichteter Seite, daß der Angestellte der Derutra, Schmidt, der des Vergehens der Entführung eines Minderjährigen sehr verdächtigt ist, auf Grund des § 235 des St. G. B. verhaftet worden ist. Es wird nun untersucht werden, ob die Sowjetregierung hinter dem Vorgehen Schmidts steht. Schmidt, der wahrscheinlich russischer Staatsangehörigkeit ist, ist nicht, wie zunächst behauptet wurde, ein in russischen Diensten stehender Kanzleisekretär, sondern Buchhalter bei der Derutra, einer rein privaten Kanzleigesellschaft.